

1 Geopolitisches Spannungsfeld des 21. Jahrhunderts – 2 Chinapolitik der Bundesrepublik neu ausrichten.

3 **Antrag:**

4 **an die Jahreshauptversammlung am 29.10.2022:**

5 **Der Jahreshauptversammlung möge beschließen:**

6 Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND fordert:

- 7 • Besserer Schutz deutscher und europäischer Unternehmen vor chinesischer Ein-
8 flussnahme.
 - 9 ○ Ein grundsätzliches Verbot von Firmenverkäufen deutscher Firmen an chine-
10 sische Investoren sowie anderer Gesellschaftskonstellationen, die unter Ein-
11 fluss des chinesischen Staates stehen. Daneben auch eine Beteiligungs-
12 grenze bei Firmenanteilen deutscher Unternehmen unterhalb von Sperrmi-
13 noritäten.
 - 14 ○ Eine Obergrenze unterhalb der Anteilsmehrheit für chinesische Beteiligung
15 an weiteren Unternehmen in der europäischen Union.
- 16 • Eine Sperre für Investitionen chinesischer Unternehmen in kritische Infrastruktur
17 wie Häfen oder bei Lizenzvergabe im Mobilfunk.
 - 18 ○ Die Bundesregierung muss die Investition von Cosco in die HHLA unterbin-
19 den.
- 20 • Eine Reduktion bestehender Abhängigkeiten von Rohstoffen und Lieferketten.
- 21 • Keine neuen Investitionsabkommen mit der Volksrepublik China.
- 22 • Ein Ende der Zahlung von Entwicklungshilfe an die Volksrepublik China.
- 23 • Eine neue, europäische Offensivstrategie im Umgang mit Entwicklungshilfe, die bei
24 Entwicklungsländern und Schwellenländern in Systemkonkurrenz zu Investitionen
25 und Hilfen durch die Volksrepublik China stehen
- 26 • Neue Freihandelsabkommen mit den USA, Kanada, Australien und Teilen Latein-
27 amerikas und Afrikas.
- 28 • Stärkung des deutsch-taiwanesischen Bündnisses.

29 **Begründung:**

30 Die Volksrepublik China wird für die westlichen Demokratien der große Gegenspieler im
31 21.Jahrhundert sein. Bereits jetzt ist klar, dass eine Systemkonkurrenz zwischen werteba-
32 sierten, freiheitlichen Demokratien und der Autokratie im kommunistischen Einparteien-
33 system Chinas steht.

34 Die verstörenden Bilder vom 20. Parteitag der kommunistischen Partei (KP), in denen der
35 ehemalige Präsident Hu Jintao in einem Zwischenfall aus dem Saal abgeführt wurde und die

36 Wahl von Xi Jinping für eine dritte Amtszeit als Generalsekretär der KP erinnern an Vor-
37 gänge in anderen totalitären Systemen. Die Rückkehr zu einem totalitären und Ein-Person-
38 zentrierten Machtapparat lassen erkennen, dass Jinping einen Machtanspruch vergleichbar
39 mit dem von Mao Zedong hat. Dieser richtet sich im Rahmen der „Ein-China“-Politik auch
40 direkt gegen Taiwan. Die Drohungen zur militärischen Eroberung Taiwans hat Jinping auf
41 dem gleichen Parteitag erst wiederholt.

42 Die besondere Lage und wirtschaftliche Bedeutung Taiwans sowie die dort stationierten
43 Truppen der USA bergen in der Gesamtlage also ein riesiges Eskalationspotenzial, das weit
44 über das gelbe Meer hinausgeht.

45 Daneben steht aber auch eine geopolitische Lage, in der die chinesische Einflusszone ag-
46 gressiv ausgedehnt wird. Durch enorme Investitionen, nicht nur in Entwicklungsländern,
47 sondern auch europäischen Staaten, kommen Konzerne, auf die der chinesische Staat teils
48 direkten Einfluss hat, an Unternehmen und teils auch kritische Infrastruktur. Diesen Einfluss
49 nutzt der chinesische Staat offensiv für seine politischen Ziele aus.¹

50 Dieser Lage muss sich die China-Politik Deutschlands und Europas anpassen. Wir befinden
51 uns in einer Situation, in der China, der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik
52 Deutschlands ist.² Beinahe alle großen Unternehmen des Landes sind auf ihr China-Ge-
53 schäft dringend angewiesen. Dies darf jedoch die deutsche Politik nicht lähmen und zur Auf-
54 gabe im Systemwettbewerb führen. Die Abhängigkeiten der deutschen Wirtschaft werden
55 sonst als politische Waffe ausgenutzt.

56 In entscheidenden Feldern müssen Deutschland und Europa ihre eigenen Strukturen vor
57 noch größerer Einflussnahme schützen und wirtschaftlichen Druck aufbauen. Zudem hat
58 der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezeigt, zu welchen Ergebnissen eine zu
59 große Abhängigkeit von Autokratien führen kann. Die Sanktionspolitik der USA zeigen, dass
60 wirtschaftlicher Druck auf China Wirkung haben kann. Die Bundesregierung muss eine Po-
61 litik verfolgen, die heimische Infrastruktur und Wirtschaft schützt und Druck auf China er-
62 höht, insbesondere Menschenrechte mehr zu achten.

63 **Antragsteller:**

64 Leif Bodin, Jan-Erik Ingwersen

¹ <https://www.n-tv.de/wirtschaft/China-knuepft-Kredite-an-kuriose-Klauseln-article22463370.html> ;
<https://www.handelsblatt.com/politik/international/hamburger-hafen-deal-mit-chinesischer-reederei-sorgt-fuer-streit-warum-habeck-mit-einem-verbot-droht/28742078.html> ; <https://www.deutschlandfunk.de/die-neue-seidenstrasse-chinas-engagement-in-europa-und-die-100.html> .

² <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/handelspartner-jahr.html>